Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 21. Dezember 2021
(OR. en)

14981/21
PV CONS 49
JAI 1413
COMIX 629

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Justiz und Inneres)

9. und 10. Dezember 2021

INHALT

Seite

INNERES

1. Annahme der Tagesordnung 4

2. Annahme der A-Punkte
   a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten 4
   b) Liste der Gesetzgebungsakte 5

Beratungen über Gesetzgebungsakte

3. Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen 6

4. Sonstiges 6
   Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

5. Verordnung des Rates über einen Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus 7

6. Schlussfolgerungen zur Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen für die vollständige Anwendung des Schengen-Besitzstands in Kroatien 7

7. Verwirklichung der Interoperabilität 7

8. Next Generation EU – Verhinderung der Unterwanderung durch die organisierte Kriminalität. 7

9. Zusammenarbeit zwischen den für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Behörden 7

10. Abwehr hybrider Bedrohungen und Bewältigung migrationsbedingter Herausforderungen 7

11. Sonstiges 7
   a) JI-Ministertagung EU-Westbalkan (Brdo, 2./3. Dezember 2021)
   b) Tagung der Justiz- und Innenminister der EU und der USA (Washington, 16. Dezember 2021)
   c) Ministerkonferenz über sexuellen Missbrauch von Kindern, 11./12. November 2021, Brdo pri Kranju, Slowenien
   d) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

JUSTIZ

Beratungen über Gesetzgebungsakte

12. Verordnung über Europäische Sicherungs- und Herausgabeanordnungen für elektronische Beweismittel 8

13. Sonstiges 8
a) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge
b) Neue Gesetzgebungsvorschläge zur Digitalisierung der Justiz

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

14. Beitritt der EU zur EMRK 9

15. Die COVID-19-Pandemie – Lehren hinsichtlich der Funktionsweise der Gerichte und hinsichtlich der richterlichen Überprüfung/Nachprüfung von Sofortmaßnahmen 9

16. Bekämpfung von Hetze und Hassverbrechen für ein inklusiveres und besser schützendes Europa 9

17. EUStA – Europäische Staatsanwaltschaft 9

18. Sonstiges 9
a) JI-Ministertagung EU-Westbalkan (Brdo, 2./3. Dezember 2021)
b) Tagung der Justiz- und Innenminister der EU und der USA (Washington, 16. Dezember 2021)
c) Künftige Vorschläge im Bereich Justiz
d) Jährlicher Bericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2021: Schutz der Grundrechte im digitalen Zeitalter
e) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

ANHANG – Erklärungen für das Ratsprotokoll 10

***

DONNERSTAG, 9. DEZEMBER 2021

INNERES

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 14625/21 enthaltene Tagesordnung an.

2. Annahme der A-Punkte

a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten 14626/21

Der Rat nahm die in Dokument 14626/21 enthaltenen A-Punkte einschließlich der zur Annahme vorgelegten COR- und REV-Dokumente an. Erklärungen zu diesen Punkten sind im Addendum wiedergegeben.

In Bezug auf die folgenden Punkte müssen die Dokumentenangaben wie folgt lauten:

Justiz und Inneres

9.	Beschluss des Rates über den Beitritt der EU zum Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen *Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments* vom AStV (2. Teil) am 8.12.2021 gebilligt	C	13988/21 + ADD 1 13494/21 + ADD 1 **+ ADD 1 REV 1 (hu)** JUSTCIV

Institutionelle Angelegenheiten

Ernennungen

14.	Ernennung eines Beamten zum Generaldirektor der Generaldirektion Landwirtschaft, Fischerei, Soziales und Gesundheit (LIFE) im Generalsekretariat des Rates *Annahme* vom AStV (2. Teil) am 8.12.2021 gebilligt	14243/21 14247/21 **+ COR 1 (fr, lt, lv)** STAT

b) Liste der Gesetzgebungsakte (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union) 14627/21

Justiz und Inneres

1. EU-Asylagentur-Verordnung 1 C 14294/21 + ADD 1
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 61/21
vom AStV (2. Teil) am 1.12.2021 gebilligt **+ COR 1 (ro)**
ASILE

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gegen die Stimmen der ungarischen, der polnischen und der slowakischen Delegation und bei Stimmenthaltung der bulgarischen und der tschechischen Delegation angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 78 Absatz 1 und Artikel 78 Absatz 2 AEUV). Erklärungen zu diesem Punkt sind im Anhang wiedergegeben.

2. Verordnung zur Ersetzung der Anhänge A und B der Verordnung (EU) 2015/848 über Insolvenzverfahren 1 C 14593/21
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 73/21
vom AStV (2. Teil) am 8.12.2021 gebilligt JUSTCIV

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassen. (Rechtsgrundlage: Artikel 81 AEUV)

Wirtschaft und Finanzen

3. Verordnung zur schnellen Lösung für PRIIP 1 C 14493/21
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 71/21
vom AStV (2. Teil) am 8.12.2021 gebilligt EF

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassen. (Rechtsgrundlage: Artikel 114 AEUV)

4. Richtlinie zur schnellen Lösung für OGAW 1 C 14495/21
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 72/21
vom AStV (2. Teil) am 8.12.2021 gebilligt **+ COR 1 (de)**
EF

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassen. (Rechtsgrundlage: Artikel 53 AEUV)

Beratungen über Gesetzgebungsakte
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

3. Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen 1 C 14352/21
Fortschrittsbericht

Der Rat nahm den Bericht des Vorsitzes über die Fortschritte bei den Verhandlungen über die Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen zur Kenntnis.

4. Sonstiges
Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge 14619/21
Informationen des Vorsitzes

Die Ministerinnen und Minister nahmen die Informationen des Vorsitzes über den Sachstand bei verschiedenen Gesetzgebungsdossiers zur Kenntnis.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

5.	Verordnung des Rates über einen Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus *Fortschrittsbericht*	C	14629/21 + ADD 1
6.	Schlussfolgerungen zur Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen für die vollständige Anwendung des Schengen-Besitzstands in Kroatien *Billigung*		14764/21
7.	Verwirklichung der Interoperabilität *Informationen der Kommission und von eu-LISA* *Gedankenaustausch*		14132/21 14134/21
8.	Next Generation EU – Verhinderung der Unterwanderung durch die organisierte Kriminalität *Orientierungsaussprache*		14255/21
9.	Zusammenarbeit zwischen den für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Behörden *a) Informationen des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung über den Sachstand* *b) Informationen der Gruppe für Terrorismusbekämpfung über den Sachstand*[1]		
10.	Abwehr hybrider Bedrohungen und Bewältigung migrationsbedingter Herausforderungen *Orientierungsaussprache*		
11.	Sonstiges		
	a) JI-Ministertagung EU-Westbalkan (Brdo, 2./3. Dezember 2021) *Informationen des Vorsitzes*		14718/21
	b) JI-Ministertagung EU-USA (Washington, 16. Dezember 2021) *Informationen des Vorsitzes*		
	c) Ministerkonferenz über sexuellen Missbrauch von Kindern, 11./12. November 2021, Brdo pri Kranju, Slowenien *Informationen des Vorsitzes*		
	d) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes *Vorstellung durch Frankreich*		

[1] Ausnahmsweise in Anwesenheit der assoziierten Schengen-Länder.

FREITAG, 10. DEZEMBER 2021

JUSTIZ

Beratungen über Gesetzgebungsakte
(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

12. Verordnung über Europäische Sicherungs- und Herausgabeanordnungen für elektronische Beweismittel 1C 14212/21
Fortschrittsbericht

Der Rat nahm Kenntnis vom Fortschrittsbericht des Vorsitzes über die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament.

13. Sonstiges

a) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge 14619/21
Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des Vorsitzes zum Stand der Beratungen über die aktuellen Gesetzgebungsvorschläge im Bereich Justiz, die derzeit im Rat erörtert werden.

b) Neue Gesetzgebungsvorschläge zur Digitalisierung der Justiz
Informationen der Kommission

Die Kommission stellte ihre neuen Gesetzgebungsvorschläge zur Digitalisierung der Justiz vor, die sie am 1. Dezember 2021 angenommen hat.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

14. Beitritt der EU zur EMRK
Sachstand

15. Die COVID-19-Pandemie – Lehren hinsichtlich der Funktionsweise der Gerichte und hinsichtlich der richterlichen Überprüfung/Nachprüfung von Sofortmaßnahmen — 14266/21
Gedankenaustausch

16. Bekämpfung von Hetze und Hassverbrechen für ein inklusiveres und besser schützendes Europa — 14334/21
Gedankenaustausch

17. EUStA – Europäische Staatsanwaltschaft — 14220/21
Sachstand

18. Sonstiges
   a) JI-Ministertagung EU-Westbalkan (Brdo, 2./3. Dezember 2021) — 14718/21
   Informationen des Vorsitzes
   b) JI-Ministertagung EU-USA (Washington, 16. Dezember 2021)
   Informationen des Vorsitzes
   c) Künftige Vorschläge im Bereich Justiz
   Informationen der Kommission
   d) Jährlicher Bericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union 2021: Schutz der Grundrechte im digitalen Zeitalter — 14592/21
   Informationen der Kommission
   e) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes
   Vorstellung durch Frankreich

---

❶ erste Lesung

C Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags

✋ Punkt im engeren Rahmen

ANHANG

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden A-Punkten in Dokument 14627/21

Zu A-Punkt 1: **EU-Asylagentur-Verordnung**
Annahme des Gesetzgebungsakts

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZYPERNS, GRIECHENLANDS, ITALIENS, MALTAS UND SPANIENS

„Zypern, Griechenland, Italien, Malta und Spanien sind der Auffassung, dass die Gesetzgebungsvorschläge, die die Kommission 2016 zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und 2020 im Rahmen des neuen Migrations- und Asylpakets vorgelegt hat, ein Legislativpaket darstellen, dessen Elemente eng miteinander verknüpft sind. Die Annahme der Verordnung über die Europäische Asylagentur ist ein wichtiger und notwendiger Schritt, der diesen Paketansatz nicht berührt. Ziel bleibt daher die Annahme eines vollständig integrierten und kohärenten Regelwerks, mit dem die wirksame Anwendung des Grundsatzes der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortung gewährleistet wird – ein Ergebnis, das im Laufe der Verhandlungen über die verschiedenen Vorschläge, über die derzeit beraten wird, erreicht werden sollte."

GEMEINSAME ERKLÄRUNG UNGARNS UND POLENS

„Ungarn und Polen möchten betonen, dass sie sich für die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems einsetzen, doch muss die Reform der EU-Asylpolitik auf einem Konsens zwischen den Mitgliedstaaten beruhen, der im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von 2018 steht und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Verantwortung und Solidarität gewährleistet. Wir sind der Ansicht, dass die Agentur als Instrument zur Umsetzung der im Paket enthaltenen Gesetzgebungsvorschläge behandelt werden sollte. In diesem Zusammenhang sind wir überzeugt, dass wir nicht auf Lösungen drängen sollten, die in der Vergangenheit kontraproduktiv waren und zu einer Vertiefung des Misstrauens zwischen den Mitgliedstaaten geführt haben. Schließlich bekennen wir uns – unter Berücksichtigung der Verknüpfungen zwischen den einschlägigen Gesetzgebungsvorschlägen – weiterhin uneingeschränkt zu dem Grundsatz, dass nichts vereinbart ist, solange nicht alles vereinbart ist, sodass Ungarn und Polen den vom Vorsitz im Hinblick auf eine Einigung mit dem Europäischen Parlament vorgeschlagenen Kompromisstext nicht bestätigen können."